

Der Euro als Verursacher der Eurokrise

Der sorglose Umgang einiger europäischer Länder mit Steuergeld hat den Eindruck erweckt, als würde eine Sparpolitik dort die Eurokrise beheben. Dem ist nicht so.

Die Krisenländer sind Griechenland, Irland, Portugal, Spanien, Italien, Frankreich, Zypern.

Ohne Befund bleiben Deutschland als Profiteur, Österreich, Benelux, Estland, Finnland, Slowakei, Slowenien, Malta, Monaco, Vatikan.

Den Krisenländern gemeinsam ist

1. Sie haben eine Arbeitslosigkeit von 25% bei einer Jugendarbeitslosigkeit von 50%.
2. Sie haben einen akuten Geldbedarf von mehreren Milliarden Euro im Monat.
3. Sie haben alle die Gemeinschaftswährung Euro.

Der Grund für die Schwierigkeiten ist der Handel zwischen ungleichen Ländern mit einer gemeinsamen Währung. Mit unterschiedlichen Währungen gilt der Warenaustausch als Quelle des Wohlstands. Z.B. exportiert Spanien nach Deutschland Alkohol und Zigaretten. In gleichem Umfang importiert Spanien aus Deutschland Industriegüter. Das sind Autos, aber auch Stehleitern und Türklinken, also Waren, die Spanien selber herstellt, jedoch auch aus Deutschland preiswert und in guter Qualität kauft. Dann hieß es in Deutschland kein Alkohol für Autolenker, Rauchverbot in den Gaststätten! Der spanische Export (Alkohol und Zigaretten) lahmt, der Import geht weiter.

Unterschiedliche Währungen: Anfangs bekommt Spanien für zehn Peseten eine Mark, bald muss es dafür 14 oder 16 Peseten zahlen. Der deutsche Preisvorteil ist weg, die spanischen Hersteller von Industriewaren können aufatmen.

Gemeinschaftswährung Euro: Nun läuft der Handel mit Spanien ohne den Wechselkursausgleich. Der Import von Industriegütern geht weiter, ihr Preisvorteil bleibt. Die spanischen Industriewaren finden keinen oder zu geringen Absatz. Die Fabrikbelegschaften werden arbeitslos, Jugendliche finden keine Stelle. Das Steueraufkommen wird kleiner: Es fehlen Lohnsteuer und Beiträge zur Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung. Die Ausgaben für Kranke, Arbeitslose und Rentner gehen aber weiter. Spanien muß für seine Ausgaben Schulden aufnehmen. Das Geld in Spanien wird knapp, es geht ja zur Bezahlung der Importe nach Deutschland. Hier läuft die Produktion, die Steuern sprudeln. Ein Ende der jährlichen deutschen Neuverschuldung ist in Sicht.

Den Handel zwischen ungleichen Staaten mit einer gemeinsamen Währung hat Gabriel (SPD) am 10. Jan 2013 in einem TV-Talk mit Maybritt Illner angesprochen. Die Anwesenden Stoiber (CSU) und Hundt (Arbeitgeberpräsident) gingen nicht darauf ein. Scheifele, Vorstandschef von HeidelbergCement, hält die Währungsunion für gescheitert (Videotext von N24 am 13. Jan 2013).

Der Ausweg für ein Krisenland wäre der Austritt aus der Gemeinschaftswährung Euro und die Rückkehr zur bisherigen nationalen Währung. Für den Tourismus bedeutet dies keinen Unterschied. Die Produktion wendet sich dem eigenen Markt zu, der Import beschränkt sich auf die Größe des Exports. Vermutlich würde ein solcher Austritt bei den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union Erleichterung bewirken. Vor die Entscheidung gestellt weiter ohne Ende zu zahlen oder einem Schuldenschnitt zuzustimmen würden diese Staaten wohl eher wählen „ein Ende mit Schrecken als einen Schrecken ohne Ende“. Auch Prof. Dr. Hans-Werner Sinn, der Präsident des deutschen Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, sieht dies so. In ihm hätte eine austrittsbereite Regierung einen starken Unterstützer.